

Ressort: Politik

Beck will Schmerzensgeld für Angehörige von Terroropfern erhöhen

Berlin, 06.12.2017, 15:30 Uhr

GDN - Der Opferbeauftragte der Bundesregierung im Fall des Berliner Weihnachtsmarktanschlags, Kurt Beck, fordert mehr Schmerzensgeld für die Betroffenen. Gegenwärtig erhalten diejenigen, die bei einem Terrorakt Eltern oder Kinder verlieren, als Einmalzahlung 10.000 Euro.

"Das ist zu niedrig", sagte Beck dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". "Sie sollte deutlich über dem Doppelten liegen. Immer in dem Wissen, dass mit Geld ein Menschenleben oder der Verlust der Gesundheit nicht auszugleichen sind." Er hätte verglichen, was andere europäische Länder, Israel oder die USA zahlen. "Deutschland liegt da nicht ganz hinten, aber weit unter dem Durchschnitt", so der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident. "Spanien zahlt beispielsweise bis zu 250.000 Euro – allerdings ohne Rechtsanspruch und mit Prüfung des Einzelfalls und der Bedürftigkeit. Das haben wir nicht und das sollte auch so bleiben." Beck, der die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung leitet, schlägt weitere Verbesserungen für die Betreuung von Opfern vor. "Wenn sich solch ein Vorfall wiederholt, und von der Gefahr müssen wir leider ausgehen, sollte mit dem ersten Eintreffen von Polizei und Rettungskräften sofort und gut sichtbar eine Ansprechstelle geschaffen werden. Nach dem Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt irrten Menschen umher, die ihre Angehörigen unter den Trümmern vermuteten", so der SPD-Politiker weiter. "Sie wurden von der Polizei zurückgedrängt, weil ja noch Sprengstoff im Lkw vermutet wurde. Das hat zu verzweifelten Situationen und zusätzlichen Traumata geführt." Der Opferbeauftragte drängt auch darauf, Möglichkeiten zu finden, Angehörige schneller zu informieren: "Die Identifizierung der Toten in Berlin hat in manchen Fällen drei Tage gedauert. Drei Tage, um zu erfahren, ob jemand tot oder lebendig ist." Es müsse gelingen, die Ungewissheit für Angehörige möglichst kurz zu halten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98793/beck-will-schmerzensgeld-fuer-angehoerige-von-terroropfern-erhoehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619